

Neue Ansätze für kommunale Beteiligungsprozesse!



Dr. Peter Kurz

„Bürgerbeteiligung? Machen wir doch schon seit langem!“ So oder so ähnlich klingt es landauf, landab aus den Amtsstuben der Planungsämter und -dezernate. Trotzdem fühlen sich zunehmend viele Bürger nicht ausreichend informiert, integriert oder wenigstens gefragt. Woran liegt das? Die förmlichen Beteiligungsverfahren im Baugesetzbuch und anderen Re-

gelwerken sind mit Sicherheit notwendig und waren in den siebziger Jahren ein wichtiger Schritt hin zu „mehr Demokratie wagen“, wie es Willy Brandt einst forderte. Es reicht heute zur Sicherung von Qualität und Akzeptanz aber nicht mehr aus, die Bürger auf Einspruchsfristen, Öffnungszeiten, Offenlegungen, Abwägungsgebote und Bürgerversammlungen zu verweisen. Stadtentwicklung ist komplexer als die Aufstellung eines Bebauungsplanes oder ein Planfeststellungsbeschluss. Und gerade die vielstrapazierte Vokabel „Integrierte Stadtentwicklung“ zeigt doch, dass in dem komplexen Gebilde „Stadt“ im Grunde alles mit allem zu tun hat. Oberbürgermeister Torsten Albig aus Kiel sagt dazu im vhw-Interview auf Seite 186: „Vor allem das Zusammenwirken der verschiedenen Felder muss besser verstanden werden. Schulpolitik – Sozialpolitik – Wirtschaftspolitik: Wo bedingen sie sich? Wo müssen wir was tun?“ Die Bürger sind nicht nur tagtäglich von nahezu allen Belangen betroffen, sie sind geradezu „Experten ihrer eigenen Sache“, wie Klaus Selle dies einmal formuliert hat.

Das Einfordern von mehr Bürgerengagement ist die eine Sache. Viele Projekte zeigen, dass in diesem Bereich schon sehr erfolgreich von den Bürgern gearbeitet wird. Voraussetzung zu mehr Bürgerorientierung von „offizieller Seite“ ist allerdings auch ein Umdenken – gar ein „Umbau“ – in der Verwaltung. Dies setzt jedoch in erster Linie ein Hinterfragen der eigenen Rolle in den Prozessen der Stadtentwicklung voraus. Auch die Rolle der Politik, also der gewählten Volksvertreter, ist hier nicht ausgenommen, gerade wenn wir das immer stärker vor Ort in Frage gestellte System der repräsentativen Demokratie bewahren und stärken wollen. Die „lokale Demokratie“ steht dazu in keinem Gegensatz, im Gegenteil: Sie ist zunehmend Voraussetzung für die Umsetzung von Beschlüssen in den Ausschüssen und Stadtparlamenten. Die Bildung des vom vhw initiierten „Städtenetzwerkes Lokale Demokratie“ ist vor diesem Hintergrund ein Versuch, das Schlagwort der „Integrierten Stadtentwicklung“ mittels einer neuen Struktur mit

konkreten Inhalten zu füllen. Ein wesentliches Ziel ist dabei, neben den innovativen vhw-Analysen zu lebensweltlichen Zusammenhängen in den Städten auch zu Ansätzen neuer Dialog-Verfahren zu kommen, die für künftige kommunale Beteiligungsprozesse unabdingbar sind. Vor diesem Hintergrund sind die Milieu-Analysen sicherlich interessant und Erkenntnis erweiternd, die „Musik“ spielt jedoch da, wo die Konsequenzen aus den Analysen und den programmatischen Vorgaben, wie sie etwa in der „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ formuliert sind, gezogen werden und fast notwendigerweise zu neuen Ansätzen in Beteiligungsprozessen führen müssen.

So komplex und manchmal abstrakt die Themen der Stadtentwicklung auch sein mögen, „(...) wir müssen die Bürgerinnen und Bürger auf die Reise in die Zukunft unserer Städte mitnehmen“, so formuliert es mein Nürnberger Amtskollege Ulrich Maly im vhw-Interview zum Städtenetzwerk auf Seite 185 – und ich finde, er hat recht. Wir müssen die Diskussion über stadtentwicklungspolitische Themen und Belange aus der rein fachlichen Ebene in die Bevölkerung tragen. Die milieugestützten Analysen des vhw zeigen, dass und unter welchen Bedingungen die Bürger dazu nicht nur bereit sind, sondern dies sogar ausdrücklich erwarten. Die zunehmenden Volks- und Bürgerbegehren sind da nur „die Spitze des Eisbergs“ intensiver und grundsätzlicher Partizipationsansprüche. Eine besondere Beachtung müssen auch diejenigen Bevölkerungsgruppen erfahren, die bislang wenig oder gar nicht für Fragen der Stadtentwicklung bzw. die Beteiligung an planerischen Fragen gewonnen werden konnten. „Wenn wir sie für Stadtentwicklungsthemen begeistern wollen, müssen wir sie gezielt ansprechen“, so Kollege Maly weiter auf Seite 186 – aber lesen Sie doch selbst ...

Viele Anregungen und auch Spaß dabei wünscht

Dr. Peter Kurz

Oberbürgermeister der Stadt Mannheim
und Verbandsratsvorsitzender des vhw